



Appenzeller Volksfreund
9050 Appenzell
071/ 788 30 01
www.dav.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 5'189
Erscheinungsweise: 4x wöchentlich

Themen-Nr.: 330.003
Abo-Nr.: 1085734
Seite: 9
Fläche: 42708 mm²

Die Delegierten der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) haben ein neues Positionspapier zur Armee verabschiedet. Sie bekräftigten in Locarno ihre Mindestforderung nach einem Armeebudget von fünf Milliarden Franken pro Jahr und einem Sollbestand von mindestens 100 000 Armeeangehörigen.

(sda) Die SOG sei überzeugt, dass die Schweizer Armee eine Weiterentwicklung dringend benötige, um die Mängel aus den vorherigen Armeereformen endlich zu beheben, heisst es in einer Mitteilung vom Samstag.

Die Offiziere haben eine Reihe von Forderungen an das Parlament aufgestellt. Der Entscheid, die Armee jährlich mit fünf Milliarden Franken in einem Mehrjahreszyklus auszustatten, also mit 20 Milliarden Franken verteilt über vier Jahre, müsse respektiert werden.

Ein Sollbestand von 100 000 Angehörigen der Armee mit der Möglichkeit einer raschen Erhöhung des Bestandes bei erhöhter Bedrohung entspreche einem Effektivbestand von 140 000 Mann, heisst es weiter. Auf die Bildung einer Reserve sei zu verzichten.

Keine Begrenzung der Dienstage

Auf die Begrenzung der Dienstage auf fünf Millionen müsse ab sofort verzichtet werden, fordert die SOG weiter. Das Heer müsse zudem statt über die geplanten zwei mindestens über drei robuste Brigaden verfügen, weil eine verkleinerte Armee mehr Flexibilität verlange.

Die Dauer der Wiederholungskurse (WK) sei im Grundsatz bei drei Wochen zu belassen. Sie könne bei Bedarf auch kürzer ausfallen, beispielsweise bei Umschulungen oder geplanten Einsätzen zugunsten ziviler Behörden. Die Anzahl der WK müsse bei sechs belassen werden, weil der angestrebte Sollbestand der Armee darauf basiere.

Anreize für Ausbildungswillige

Die Offiziere plädieren zudem dafür, die Anerkennung der Ausbildungspflicht der Milizkader durch Anreize wie Bildungskonti oder Steuererleichterungen gestärkt werden. Schliesslich müsse der Zugang zum Zivildienst während und nach der Rekrutenschule überprüft und erschwert werden. Die Delegierten bestätigten im weiteren Denis Froidevaux für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr an ihrer Spitze.